

ENTSCHLIESSUNG ÜBER

DEN UNEINGESCHRÄNKTEN ZUGANG DER MITGLIEDER DER PARLAMANTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE ZU OFFIZIELLEN OSZE-VERANSTALTUNGEN UND SONSTIGEN PARLAMANTARISCHEN AKTIVITÄTEN

1. Eingedenk der in der Schlussakte von Helsinki enthaltenen Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten,
 - a. mit der Verpflichtung zu Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit und zur stetigen Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit,
 - b. und der Bestätigung, dass Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung dieser Ziele ihrer Zusammenarbeit beizutragen,
2. unter Hinweis auf die Charta von Paris, die die wichtige Rolle würdigt, die Parlamentarier im OSZE-Prozess einnehmen können,
3. unter Betonung der Entschlossenheit, das auf dem OSZE-Gipfeltreffen von Astana gesteckte strategische Ziel zu verfolgen, nämlich die Schaffung einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft, ohne Trennlinien, Konflikte, Einflusssphären und Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau,
4. die Auffassung vertretend, dass Dialog das beste Mittel ist, Differenzen und Streitigkeiten beizulegen und gegenseitiges Vertrauen unter den OSZE-Teilnehmerstaaten aufzubauen,
5. im Bewusstsein, dass der Abbau und, auf lange Sicht, die Beseitigung von Hindernissen für den Verkehr von Menschen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital das Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten stärken und das Sicherheitsniveau im OSZE-Raum erhöhen wird,
6. unter Hinweis darauf, dass Reisebeschränkungen, mit denen Vertreter von Teilnehmerstaaten sanktioniert werden, Dialog und Zusammenarbeit im Rahmen multilateraler, darunter interparlamentarischer Foren erschweren,
7. in dem Bewusstsein, dass Sanktionen gegen Parlamentarier kein geeignetes Mittel sind, um Teilnehmerstaaten dazu zu bewegen, ihre Außen- und/oder Innenpolitik zu ändern, da sie Gespräche, Austausch und Vertrauensbildung in Zeiten mit Spannungen und Konfrontationen nur noch zusätzlich erschweren,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

8. äußert Besorgnis über das aktuelle politische Umfeld in Europa, das durch Sicherheitsbedenken und ein Klima gegenseitigen Misstrauens gekennzeichnet ist, in OSZE-Teilnehmerstaaten und untereinander;
9. ruft die Teilnehmerstaaten auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den interparlamentarischen Dialog und die interparlamentarische Zusammenarbeit, die in unsicheren Zeiten besonders wichtig sind, zu fördern;
10. weist darauf hin, dass sich Reisebeschränkungen im Rahmen eines Sanktionsregimes auf die parlamentarische Diplomatie nachteilig auswirken und Spannungen unter den Teilnehmerstaaten erhöhen;
11. ruft die Teilnehmerstaaten, als dauerhafte Vertrauensbildung, dazu auf, keine restriktiven Maßnahmen oder Sanktionen gegen Parlamentarier zu ergreifen und keinerlei Druck auf Drittstaaten auszuüben, damit sie sich solchen Sanktionen anschließen;
12. ersucht die Teilnehmerstaaten, ihre Zusagen einzuhalten und allen Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung freien Zugang zu offiziellen OSZE-Veranstaltungen und anderen parlamentarischen Aktivitäten zu gewähren, dazu alle Visa oder Reiseausweise auszustellen, die für die Einreise in ihr Territorium erforderlich sind, und zwar mindestens für die Dauer der genannten Aktivitäten, sofern dies nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen internationalen Rechts steht.